

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

eine sehr aufregende Woche liegt hinter mir. In dieser Sitzungswoche hatten wir eine reine Haushaltswoche, in der nacheinander alle Einzelhaushaltspläne für 2018 im Plenum debattiert worden sind. Auch ich habe am Donnerstag zum Einzelplan des Bundeswirtschaftsministeriums, für das ich als Hauptberichterstatter im Haushaltsausschuss zuständig bin, im Plenum gesprochen.

Endlich geht es voran! Die lange Phase der Regierungsbildung nach der Bundestagswahl war für uns alle nicht einfach und hat zur Folge, dass der Bundeshaushalt für das laufende Jahr vergleichsweise spät verabschiedet werden kann. Nun liegt der Kabinetttentwurf aber vor und enthält neben dem Haushalt 2018 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 auch schon die Eckwerte für 2019. Der neue Finanzminister hat insgesamt einen Kurs eingeschlagen, der eine vertrauensvollen Zusammenarbeit in der Koalition möglich macht. Das ist eine gute Voraussetzung für unsere Zusammenarbeit in den kommenden Jahren. Durch Fortsetzung unserer soliden Haushaltspolitik wird die gesamtsstaatliche Schuldenquote 2019 erstmals seit 2002 unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fallen.

Das zeigt, dass unsere Wirtschaft in bester Verfassung ist. Anscheinend haben wir im Bereich der Wirtschaftspolitik hier vieles richtig gemacht. Nun ist aber wichtig, dass wir mit diesem Haushalt den Grundstein für eine weitere gute Entwicklung legen. Der vorliegende Haushaltsentwurf ist gut, aber als selbstbewusster Parlamentarier sage ich natürlich, dass er an der einen oder anderen Stelle von uns auch noch ein wenig besser gemacht werden kann. In dieser Woche sind wir nun konkret in die ers-

te Lesung des Regierungsentwurfs gegangen. Wir werden dabei die neue Steuerschätzung berücksichtigen, wonach die Ausgabenspielräume des Bundes bis 2022 noch einmal um insgesamt 10,8 Milliarden Euro auf 56,8 Milliarden Euro ansteigen werden. Da diese Schätzung bei Kabinettsbeschluss noch nicht vorlag, können und werden wir in unseren parlamentarischen Beratungen die Verwendung dieser Mittel nach klaren Prioritäten vornehmen: Abbau der kalten Progression, Investitionen in Digitalisierung sowie Aufwuchs der Mittel für die Bundeswehr und Entwicklungshilfe.

Die aktuelle Haushaltsentwicklung ist sehr erfreulich. Sie darf aber nicht über die Risiken hinwegtäuschen – gerade auch in Form handelspolitisch bedingter Wachstumseinbußen. Es ist eine lange Strecke bis 2021. Wir werden daher zu Beginn dieser Wahlperiode nicht zu viele finanzrelevante Maßnahmen auf einmal beschließen können. Unsere neugewonnenen Gestaltungsmöglichkeiten werden wir sorgfältig prüfen und abwägen. Solide Finanzpolitik ist für uns eine Frage der Generationengerechtigkeit und des Wirtschaftswachstums.

Ich freue mich auf die nächsten spannenden und arbeitsreichen Wochen bis zur Verabschiedung des Haushalts in der letzten Sitzungswoche im Juli. Selbstverständlich halte ich Euch bis dahin in gewohnter Manier auf dem Laufenden.

Herzliche Grüße
Ihr/Euer



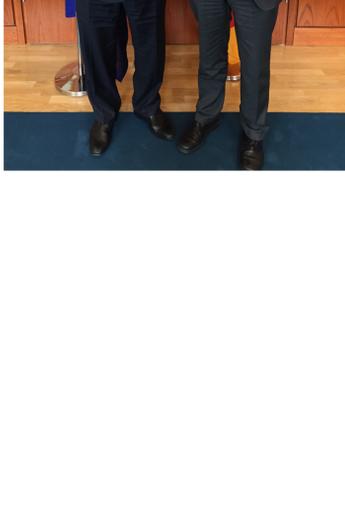
FOTO DER WOCHE I



REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG ZUM HAUSHALT DES BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTERIUMS

Am Donnerstag habe ich im Plenum zum Haushalt 2018 gesprochen. Als Hauptberichterstatter für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie bin ich für diesen Haushaltsplan, den sogenannten Einzelplan 09, zuständig. Im Moment werden hier die thematischen Schwerpunkte für die kommenden Jahre gesetzt, von denen ich einige auch in meiner Rede herausgegriffen habe. Selbst Mittelständler, liegt mir besonders die fortlaufende Förderung des Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand am Herzen. Bemerkenswert und richtig gut ist auch, dass mit 1,7 Mrd. Euro die Luft- und Raumfahrt unterstützt wird. Ich bin überzeugt, es ist für uns von strategischem Interesse, dass Europa seinen eigenständigen Zugang zum All behält. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Digitalisierung. Hierfür stellen wir in verschiedenen Titeln über 113 Mio. Euro bereit. Wir wollen damit gerade kleineren Unternehmen helfen, hier fit zu werden. Wir dürfen uns hier aber auch nicht verzetteln - darauf werde ich in den Verhandlungen in den kommenden Wochen ein Auge haben. Gleiches gilt auch für den Bereich Energie und Klima. Auch hier haben wir noch Hausaufgaben zu machen, insbesondere wenn 2021 die letzten Kernkraftwerke vom Netz gehen sollen.

FOTO DER WOCHE II



FACHGESPRÄCH ZUR KÜNSTLICHEN INTELLIGENZ MIT WIRTSCHAFTSMINISTER ALTMAIER

Am Mittwoch habe ich mich mit Bundeswirtschaftsminister Altmaier getroffen, um über das für Wirtschaft und Gesellschaft so wichtige Thema Künstliche Intelligenz (KI) zu beraten. Dabei geht es darum, technische Systeme so zu konzipieren, dass sie Probleme eigenständig bearbeiten, „lernen“ und sich selbst auf veränderte Bedingungen einstellen können.

Deutschland ist im Bereich Künstliche Intelligenz vor allem in der Grundlagenforschung hervorragend aufgestellt. Im Grund des Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) haben wir das weltweit größte Institut dieser Art. Doch wir müssen aufpassen, dass wir nicht von den USA oder China abgehängt werden. Darum haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, zusammen mit Frankreich, ein Zentrum für Künstliche Intelligenz zu errichten. Für den Anfang wird es vor allem um eine verstärkte Vernetzung der bereits bestehenden Institute in Frankreich und Deutschland gehen. Außerdem erarbeitet die Bundesregierung derzeit eine Strategie dazu, wie wir mit dem Thema insgesamt umgehen wollen und wie wir die Chancen, die sich daraus ergeben, effektiv nutzen können. Wichtig ist vor allem, dass wir „die PS auf die Straße bringen“, dass also der Transfer aus der Wissenschaft in unsere deutschen Unternehmen deutlich verbessert wird, z.B. im Bereich autonomes Fahren, der Medizintechnik und Gesundheitsversorgung.

Ich bin mir sicher, dass wir schon auf einen guten Weg sind. Wir müssen unsere Anstrengungen aber noch intensivieren und weiter ausbauen, um auch zukünftig von diesem Zukunftsthema profitieren zu können.

THEMEN DER WOCHE

WIR HALTEN AM IRAN-ABKOMMEN FEST

Die Entscheidungen des US-Präsidenten zur Kündigung des Nuklearabkommens mit dem Iran und zur Wiedereinführung von Sanktionen bedeuten einen herben Rückschlag für die unerlässlichen Bemühungen zur Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens. Der Rückzug der USA belastet die transatlantischen Beziehungen. Mit ihm einher geht ein erneuter erheblicher Vertrauensverlust, was die Bedeutung multilateraler Abkommen angeht. Gleichzeitig fördert er die Gefahr einer weiteren Verbreitung von Nuklearwaffen. Das Abkommen mit dem Iran hat zwar Schwachstellen, aber es funktioniert. Bessere friedliche Lösungen zur Vermeidung einer nuklearen Aufrüstung Irans gibt es derzeit nicht.

Es ist in unserem gemeinsamen Interesse, dass Iran atomwaffenfrei bleibt. Jetzt geht es darum, wie das Abkommen ohne die EU erhalten werden kann. Wir werden weiterhin zum Atomabkommen stehen und unsere sowie die Interessen Europas schützen. Dabei werden wir uns an unsere Verpflichtungen halten, sofern der Iran vertragstreu ist. Die iranische Regierung muss aber auch wissen, dass die EU nur dann ein Partner sein wird, wenn Iran eine konstruktive Rolle in der Region einnimmt. Neben der Einhaltung des Atomabkommens muss Iran seine destabilisierenden Aktivitäten in der Region beenden und sein ballistisches Raketenprogramm zurückfahren. Die jüngsten militärischen Angriffen auf israelische Einrichtungen auf den Golanhöhen verurteilen wir auf das Schärfste.

EINBRINGUNG HAUSHALTSGESETZ 2018 DURCH DEN BUNDES-MINISTER DER FINANZEN

Die Bundesregierung hat ihren zweiten Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2018 beschlossen. Die Veränderungen gegenüber dem Erstentwurf der letzten Wahlperiode beruhen auf neuen politischen Schwerpunkten, den sogenannten prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrages, Rechtsverpflichtungen und einer aktuelleren Steuerschätzung. Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes wird sowohl das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) als auch der ebenfalls angepasste mittelfristige Finanzplan erörtert.

FORTSCHRITTE BEIM BREITBAND-AUSBAU

Ungeachtet der häufig geäußerten Kritik am Breitbandausbau geben viele Internetnutzer in einer Verbraucherumfrage des Digitalverbands Bitkom an, Fortschritte im Ausbau der deutschen Breitbandnetze zu sehen. Zwei Drittel der befragten Haushalte bestätigen, dass sich die Verfügbarkeit von schnellem Internet über die letzten fünf Jahre verbessert habe. Gleichzeitig fordern 91 Prozent, dem Breitbandausbau oberste Priorität einzuräumen. 77 Prozent fordern Gigabit-Anschlüsse für alle Internetnutzer bis 2025. Die Bereitschaft zu höheren Ausgaben für mehr Bandbreite ist jedoch eher gering. So lehnen vier von zehn Haushalten ab, für schnelles Internet mehr zu bezahlen als bisher. Dabei unterscheidet sich die Zahlungsbereitschaft in weniger gut versorgten ländlichen Räumen nicht von gut versorgten Großstädten. Den restlichen Befragten wäre ein Gigabitanschluss im Schnitt zusätzlich 14 Euro pro Monat wert. Momentan betragen die monatlichen Ausgaben für Internet, in der Regel einschließlich Telefonie, 34 Euro. (Quelle: Bitkom)

GEMEINSAME KLAUSUR DER GESCHÄFTSFÜHRENDEN FRAKTIONS-VORSTÄNDE

Auf der Zugspitze und in Murnau haben die Geschäftsführenden Vorstände der Regierungsfaktionen bei ihrer ersten Klausurtagung Impulse für die Arbeit der Koalition gesetzt. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland erwarten zu Recht, dass wir uns um die großen und zukunftsweisenden Fragen, aber auch um ihre konkreten Sorgen kümmern. In diesem Sinne sind unsere Beschlüsse zu verstehen.

Im Mittelpunkt unserer Entscheidungen steht die Wohnraumbauinitiative, die das Baukindergeld, die Sonder-Änderung für Mietwohnungsneubau und Änderungen im Mietrecht umfasst. Den Eigentümern für junge Familien fördern wir, indem wir rückwirkend zum 1. Januar 2018 das Baukindergeld für den Neubau oder den Erwerb einer selbst genutzten Bestandimmobilie einführen. Pro Kind und Jahr erhält nun jede Familie 1.200 Euro für einen Zeitraum von zehn Jahren. Für eine Familie mit zwei Kindern ergibt sich damit über zehn Jahre ein Betrag von 24.000 Euro. Recht auf das Baukindergeld hat jede Familie, die in Deutschland zum ersten Mal eine Immobilie neu baut oder erwirbt. Das zu versteuernde Jahreseinkommen darf dabei 90.000 Euro bei einer Familie mit einem Kind nicht übersteigen. Pro weiteres Kind erhöht sich dieser Betrag um 15.000 Euro. Anträge sollen ab August 2018 bei der KfW gestellt werden können. Weitere Bestandteile der Wohnraumbauinitiative sind Mietpreisbremsen und Klarstellungen bei der Verpressbremse und sowie steuerliche Anreize für den Neubau von Wohnungen im bezahlbaren Mietsegment.

Die Geschäftsführenden Fraktionsvorstände haben weiterhin beschlossen, zwei Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages einzurichten. Beide Kommissionen behandeln Fragen, die sich aus der digitalen Modernisierung unseres Landes ergeben. Zum einen wollen wir untersuchen, wie die berufliche Bildung in Zeiten des digitalen Wandels angepasst werden muss und wie damit dieses deutsche Erfolgsmodell zukunftsfest gestaltet werden kann. Und anderen wollen wir die vielen technischen, rechtlichen und ethischen Fragen untersuchen, die sich mit der Erforschung und wirtschaftlicher Nutzung der Künstlichen Intelligenz verknüpfen. Die Einsetzungsanträge für beide Kommissionen sollen noch vor der Sommerpause ins Plenum eingebracht werden.

EUROPÄISCHE UNION WICHTIGSTER HANDELSMARKT

Im vergangenen Jahr exportierte Deutschland Waren im Wert von knapp 750 Mrd. Euro in andere EU-Mitgliedstaaten. Dies entspricht rund 59 Prozent der gesamten deutschen Exporte. Die Importe aus der Europäischen Union beliefen sich im Gegenzug auf 591 Mrd. Euro und damit auf 57 Prozent aller Einfuhren. Sowohl bei den Importen als auch den Exporten fanden sich unter den zehn wichtigsten Handelspartnern Deutschlands 2017 jeweils sieben EU-Länder. Die EU bleibt damit Deutschlands wichtigster Handelsmarkt. Frankreich war 2017 das wichtigste Exportland innerhalb der EU, die meisten EU-Importe stammten wiederum aus den Niederlanden. Zu den wichtigsten deutschen Exportgütern in die EU zählen Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile im Wert von 126,2 Mrd. Euro, gefolgt von Maschinen mit etwa 90 Mrd. Euro. Importiert wurden aus der EU hauptsächlich ebenfalls Kraftfahrzeuge sowie chemische Erzeugnisse. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

AKTUELLES ZUM BUNDESHAUSHALT 2018

ALLGEMEINE FINANZDEBATTE

In dieser Haushaltswoche wurden die Einzelpläne des Bundesministeriums der Finanzen, des Bundesrechnungshofes, der Bundesschuld und der Allgemeinen Finanzverwaltung eingebracht. Letzterer fasst die Einnahmen und Ausgaben zusammen, die nicht einem einzelnen Ressort zugeordnet werden können oder den Bund insgesamt betreffen.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur: Der Regierungsentwurf 2018 sieht einen geringfügigen Rückgang von 102 Mio. Euro gegenüber den Ist-Ausgaben von 2017 vor. Die Verkehrsinvestitionen sollen jedoch auf dem hohen Niveau von 14,1 Mrd. Euro fortgeführt werden. Die Ausweitung der Lkw-Maut zum 1. Juli 2018 auf das gesamte Bundesfernstraßennetz ist ebenso abgebildet wie das „Sofortprogramm Saubere Luft 2017 - 2020“, das der Verbesserung der Luftqualität in Städten dient. Für den weiteren Ausbau der digitalen Infrastruktur hat die Bundesregierung für 2018, noch vor Errichtung des eigens vorgesehenen Digitalfonds, eine zusätzliche Vergütungsmöglichkeit in Höhe von 1,15 Mrd. Euro eingestellt.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: Aufgrund der Verlagerung der Zuständigkeit für Bau schrumpft der Etat für 2018 im Regierungsentwurf im Vergleich zu den Ist-Ausgaben von 2017 um 3,1 Mrd. Euro. Dessen ungeachtet werden Klima- und Umweltschutz gestärkt. Für den internationalen Klimaschutz stehen Ausgaben in Höhe von rund 437 Mio. Euro und eine Verpflichtungsmöglichkeit in Höhe von 473 Mio. Euro zur Verfügung. Für die Finanzierung und Durchführung der Zwischen- und Endlagerung sowie das Standortauswahlverfahren sind 727 Mio. Euro eingeplant, die im Wesentlichen aus den Fonds zur kerntechnischen Entsorgung refinanziert werden.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Der Regierungsentwurf 2018 sieht einen Ausgabenanstieg von 321 Mio. Euro gegenüber den Ist-Ausgaben von 2017 vor. Der Gesamtetat beläuft sich damit auf 6,0 Mrd. Euro. Ausgabenschwerpunkt bleibt das agrarsoziale Sicherungssystem mit knapp 4 Mrd. Euro. Darin enthalten ist der auf 178 Mio. Euro deutlich erhöhte Zuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Für starke ländliche Räume wird die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) auf 765 Mio. Euro erhöht.

Generaldiskussion Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt: Die Debatte dieses Einzelplans, der gegenüber den Ist-Ausgaben von 2017 um 196 Mio. Euro auf 2,92 Mrd. Euro angehoben wurde, wird traditionell als politische Generaldebatte geführt und reicht damit über die Haushaltspolitik hinaus. Der Einzelplan enthält das Budget der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien. Darin ist unter anderem ein zweiter Filmförderfonds in Höhe von 75 Mio. Euro eingeplant.

Auswärtiges Amt: Der Einzelplan beläuft sich im Regierungsentwurf auf 5,357 Mrd. Euro und liegt damit 435 Mio. Euro unter den Ist-Ausgaben von 2017. Das Kapitel „Sicherheit für Frieden und Stabilität“ umfasst ein finanzielles Volumen in Höhe von rund 2,76 Mrd. Euro und damit etwa die Hälfte der Gesamtausgaben des Auswärtigen Amtes. Es entfallen darauf humanitäre Maßnahmen, Beitragszahlungen an die Vereinten Nationen und andere internationale Institutionen sowie Maßnahmen auf den Gebieten Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung. Die ODA-anrechenbaren Ausgaben für die Humanitäre Hilfe wurden gegenüber dem ersten Regierungsentwurf 2018 um 294 Mio. auf rund 1,5 Mrd. Euro erhöht.

Bundesministerium der Verteidigung: Der Ausgabehaushalt im Regierungsentwurf um 1,566 Mrd. Euro gegenüber den Ist-Ausgaben von 2017 angehoben worden. Insgesamt sieht das Kabinett 38,493 Mrd. Euro für 2018 vor. Vor dem Hintergrund der getroffenen NATO-Beschlüsse soll in den nächsten Jahren ein weiterer Anstieg der Verteidigungsausgaben innerhalb des NATO-Zielkorridors zum Erreichen der notwendigen Fähigkeiten der Bundeswehr erfolgen. In der vorliegenden Planung steigt der Einzelplan auf jeweils rund 44 Mrd. Euro in den Jahren 2021 und 2022 an.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Das Kabinett hat einen Ausgabenanstieg gegenüber den Ist-Ausgaben von 2017 von 978 Mio. Euro beschlossen. Damit beläuft sich der Einzelplan auf 9,4341 Mrd. Euro im Jahr 2018. Innerhalb der Bundesregierung hat das BMZ Koordinierungsfunktion für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA). Seine Haushaltsmittel tragen maßgeblich dazu bei, Deutschland weiter auf dem Finanzierungspfad zu führen, um 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Im vorliegenden Bundeshaushalt 2018 hat das Kabinett die ODA-Quote bei 0,5 Prozent stabilisiert (ohne Flüchtlingskosten).

BÜRO BERLIN

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel.: 030 - 22 77 13 24

andreas.mattfeldt@bundestag.de | www.andreas-mattfeldt.de